



Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Inhalt:

57 Punkte: Eine der längsten Tagesordnungen der jüngeren Vergangenheit.....	2
Landtag Steiermark genehmigt Rechnungsabschluss 2016.....	3
RSG 2025: Ein Mehr an Versorgung, noch näher an den Steirerinnen und Steirern	4
Arbeitsmarktdebatte im Fokus der Landtagssitzung	6
Bedarfs- und Entwicklungsplan Behindertenhilfe im Landtag vorgestellt.....	8
Landtag Steiermark debattierte Wirtschaftsbericht 2016.....	10
Sicherheitsdebatte: Innenministerium und Exekutive reagieren rasch und konsequent	12
Landtag Steiermark ermöglicht tägliche Bewegungseinheit an Schulen.....	14
Novelle zum Gentechnik-Vorsorgegesetz im Landtag beschlossen.....	15
Landtag Steiermark gibt 188 Millionen Euro für regionale Straßenprojekte frei.....	16

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Die 28. Landtagssitzung der XVII. Gesetzgebungsperiode:

57 Punkte:

Eine der längsten Tagesordnungen der jüngeren Vergangenheit

Ein so lange Tagesordnung, wie die der 28. Landtagssitzung der XVII. Gesetzgebungsperiode, gab es schon lange nicht mehr. Zuletzt war dies vor fast elf Jahren, am 19. September 2006 der Fall. In dieser Sitzung standen 58 Punkte auf der Agenda.

Die längste Sitzung der vorherigen, XVI. Gesetzgebungsperiode umfasste eine Tagesordnung mit 40 Punkten. Sie fand am 2. Juli 2013 statt.

In den letzten gut 16einhalb Jahren – seit der Konstituierung des Landtages für die XIV. Gesetzgebungsperiode am 7. November 2000 – fanden 229 Landtagssitzungen statt. In dieser Zeit kam es insgesamt nur fünf Mal vor, dass die Tagesordnung so lang war (einmal 62 TOPs, einmal 79 TOPs, einmal 61 TOPs, zweimal 58 TOPs).

Die mit Abstand längste Tagesordnung in dieser Zeit hatte die Landtagssitzung vom 2. Juli 2002 aufzuweisen. Sie umfasste 79 Tagesordnungspunkte.

Die Beratung der 57 Tagesordnungspunkte am Dienstag, 4. Juli 2017, dauerte bis 01:40 Uhr.

Auf den folgenden Seiten finden sich die wichtigsten Inhalte dieser Sitzung.

Landtag Steiermark genehmigt Rechnungsabschluss 2016

Im Herbst 2015 hat die Landesregierung einen Budgetentwurf für das Jahr 2016 präsentiert, der vom Landtag im Dezember 2015 genehmigt wurde, und ein moderates Defizit auswies. Dieses wurde in Kauf genommen, um die Wirtschaft anzukurbeln und der Schaffung von Arbeitsplätzen Priorität einräumen zu können. Der Rechnungsabschluss zum Landesbudget 2016 wurde am 4. Juli im Landtag debattiert und genehmigt.

War im Budget noch eine Neuverschuldung von 585 Millionen Euro veranschlagt, konnte ein um 143,2 Millionen Euro besseres Ergebnis erzielt werden. Der Schuldenstand der Steiermark stieg um 441 Millionen Euro und beträgt damit insgesamt 4,48 Milliarden Euro.

Das budgetierte Nettoergebnis von -282,52 Millionen Euro wurde genau eingehalten. Der Netto-Finanzierungssaldo wurde gegenüber dem Voranschlag sogar unterschritten. Durch gestiegene Einnahmen von 223 Millionen Euro und niedrigere Ausgaben von 36 Millionen Euro liegt der Finanzierungsbedarf um 260,3 Millionen Euro niedriger als angenommen.

Der Rechnungsabschluss wurde mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Regionaler Strukturplan Gesundheit im Landtag debattiert:

Ein Mehr an Versorgung, noch näher an den Steirerinnen und Steirern

Der Landtag Steiermark hat den Regionalen Strukturplan Gesundheit (RSG) 2025 debattiert und mit den Stimmen der Zukunftscoalition zur Kenntnis genommen. Die Abgeordneten der Steirischen Volkspartei tragen damit wesentlich zur Weichenstellung für eines der besten Gesundheitssysteme in Europa bei.

Der RSG 2025 wurde nach dem Beschluss durch die zuständige Landeszielsteuerungskommission im Landtag debattiert und zur Kenntnis genommen. Die Steiermark nimmt damit eine Vorreiterrolle in ganz Österreich ein und macht einen großen und entscheidenden Schritt in Richtung eines der besten Gesundheitssysteme in Europa und darüber hinaus. Es wird ein Mehr an Versorgung geben, das in hoher Qualität noch näher an den Steirerinnen und Steirern ist. Denn die einzelnen Leistungen sollen dort erbracht werden, wo das beste Angebot besteht.

Konstruktiv weiterentwickeln statt gezielt verunsichern

Die VP-Mandatare zeigten Verständnis für Verunsicherung, die angesichts von Veränderungen im Bereich der gewohnten Gesundheitsversorgung vereinzelt Platz greift. Gleichzeitig richteten sie ihren Appell an die Vertreter der Oppositionsparteien. Mit dem RSG 2025 und dem Gesundheitsplan 2035 wird eine zukunftsfähige und noch bessere Gesundheitsversorgung für die Steirerinnen und Steirer sichergestellt. Daher riefen sie die Vertreter der Oppositionsparteien auf, nicht gezielt Verunsicherung zu streuen, sondern konstruktiv an der Weiterentwicklung des heimischen Gesundheitssystems mitzuwirken. Gerade bei einem so wichtigen und zukunftssträchtigen Gesundheitsprojekt wäre es nämlich unseriös, dauernd mit der Lupe das Haar in der Suppe zu suchen, geht es doch immerhin um die Gesundheit der Steirerinnen und Steirer.

Landesrat Drexler ermöglichte Landtagsdebatte zum RSG 2025

Äußerst skurril muteten Wortmeldungen der Oppositionsvertreter an, die ausschließlich das organisatorische Vorgehen rund um die Diskussion des RSG 2025 monierten. Nach monatelangen Diskussionen, Verhandlungen und Dialogveranstaltungen auf Landes- wie Bezirksebene unter Beteiligung aller Partnerinnen und Partner beschwerten sie sich darüber, dass der Landtag zu wenig eingebunden gewesen sei. Ausgerechnet dieser Punkt ist vor dem Hintergrund bemerkenswert, dass für den Beschluss des RSG 2025 die

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Landeszielsteuerungskommission zuständig ist. Gesundheitslandesrat Christopher Drexler hat sich dennoch entschieden, den Strukturplan gerade deshalb dem Landtag zuzuführen, um den Abgeordneten die Möglichkeit zu bieten, sich an der Debatte zum RSG auch im Hohen Haus nochmals zu beteiligen.

Beste Gesundheitsversorgung für die steirischen Regionen

Die Abgeordneten der Steirischen Volkspartei unterstrichen die immense Bedeutung einer zukunftsfähigen Gesundheitsversorgung für die Lebensqualität in den steirischen Regionen. Gesundheitszentren, Facharztzentren, eine verbesserte Notfallversorgung sowie die Leitspitäler mit ihrem spitzenmedizinischen Angebot bringen mehr und ein noch besseres Versorgungsangebot in die Regionen. Nur durch die Umsetzung dieser Maßnahmen im Rahmen des Gesundheitsplans 2035 kann eine flächendeckende, qualitätsvolle Gesundheitsversorgung für alle Steirerinnen und Steirer auch in Zukunft gewährleistet werden – egal ob sie im städtischen Bereich oder in den Regionen zu Hause sind.

RSG 2025 als Schritt zur besten Gesundheitsversorgung

Der Steirische Gesundheitsplan 2035, in dem die Prinzipien für die Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung in allen steirischen Regionen festgeschrieben sind, zählt mit Sicherheit zu den größten und wichtigsten Projekten der Zukunftscoalition für diese Legislaturperiode und darüber hinaus. Entsprechend intensiv wirkten die Abgeordneten sowohl an den Dialogveranstaltungen wie auch an der Debatte im Landtag mit. Die Kenntnisnahme des Regionalen Strukturplans Gesundheit 2025 durch den Landtag und damit die Einleitung konkreter Maßnahmen, ist der nächste erfolgreich gesetzte Schritt am Weg zur besten Gesundheitsversorgung für die Steirerinnen und Steirer.

Der „Regionale Strukturplan Gesundheit Steiermark 2025“ wurde mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ zur Kenntnis genommen.

Arbeitsmarktdebatte im Fokus der Landtagssitzung

Die Maßnahmen der Landes- und Bundesregierung zur Stärkung des heimischen Arbeitsmarktes wurden im Landtag Steiermark thematisiert. Diese haben zu einer deutlichen Verbesserung der steirischen Arbeitsmarktdaten beigetragen.

Nicht weniger als 15 Anträge zu den Themenbereichen „Wirtschaft“ und „Arbeit“ standen auf der Tagesordnung der Landtagssitzung. Sie wurden im Unterausschuss „Arbeitsmarkt“ intensiv vorberaten und gelangten nun zur Debatte. Zu weiten Teilen handelte es sich dabei um altbekannte Forderungen der Oppositionsparteien, deren Umsetzung einiges an Geld kosten, aber kaum Nutzen bringen würden. Vor allem Unternehmerinnen und Unternehmer wären dadurch abermals intensiven Belastungen ausgesetzt.

Anträge der Koalition legen Maßnahmen dar

In zwei Selbstständigen Ausschussanträgen wiesen die Vertreter der Zukunftscoalition auf das breite Maßnahmenpaket der Landesregierung „Partnerschaft – Arbeit – Steiermark“ sowie auf einige wichtige Vorhaben im Arbeitsprogramm der Bundesregierung hin, die bereits positive Wirkung auf den Arbeitsmarkt entfalten und deren konsequente Umsetzung zu einer weiteren Verbesserung führen sollen.

Die Landesregierung setzt etwa Schwerpunkte, um die Beschäftigungschancen von langzeitarbeitslosen oder arbeitsmarktfernen Personen zu erhöhen, die Qualifizierung von Fachkräften zu unterstützen oder Förderungsmaßnahmen zur Ankurbelung der Beschäftigung sowie der Lehrausbildung zu erreichen.

Wirtschaftsressort unterstützt Investitionen und setzt auf Breitband

Das Wirtschaftsressort des Landes Steiermark unterstützt im Rahmen der Wirtschaftsförderung u.a. die fachliche Zusatzausbildung von Lehrlingen, die Qualifizierung von Beschäftigten in Unternehmen und leistet projektbezogene Beiträge zur Berufsorientierung von Jugendlichen, mit dem Schwerpunkt naturwissenschaftliche und technische Berufe. Darüber hinaus werden als konjunkturbelebende Maßnahmen im Rahmen der beihilfenrechtlichen Möglichkeiten, arbeitsplatzschaffende und –sichernde Investitionen steirischer Unternehmen unterstützt und damit die gesamtwirtschaftliche Dynamik gestärkt. Mit der Breitbandstrategie Highway 2020 wird der Ausbau der Breitbandversorgung in den Regionen verstärkt und im Rahmen der Digitalisierungsinitiative 2018-2020 der rasante Wandel für Wirtschaft und Beschäftigung mitgestaltet.

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Appell der Abgeordneten an die Bundesregierung

Mit dem Appell, die letzten Monate vor der Wahl noch intensiv zu nutzen, wandten sich die VP-Abgeordneten an die Bundesregierung. So sollen wichtige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, wie die Arbeitszeitflexibilisierung, eine Begrenzung und Reduktion des Zuzugs auf den heimischen Arbeitsmarkt oder die Lockerung des Kündigungsschutzes und die Reduktion von Auflagen in Hinsicht auf Kontrollen des Arbeitsinspektorats rasch vorangetrieben werden.

Steirischer Arbeitsmarkt entwickelt sich positiv

Die Vertreter der Steirischen Volkspartei verwiesen nicht zuletzt auf die erfreuliche Entwicklung des steirischen Arbeitsmarktes in den vergangenen Monaten und betonten den deutlich über dem Österreichschnitt liegenden Rückgang von 9,8 % an Arbeitslosen in der Steiermark im Juni. Die Zahl der Arbeitslosen unter 25-jährigen ist sogar um 21,9 % gesunken.

Der Selbstständige Ausschussantrag der Zukunftscoalition „Partnerschaft – Arbeit – Steiermark“ wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und Grünen angenommen. Der zweite dieser Anträge, der sich an die Bundesregierung richtet, wurde mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ beschlossen.

Bedarfs- und Entwicklungsplan Behindertenhilfe im Landtag vorgestellt

Der „Bedarfs- und Entwicklungsplan Behindertenhilfe – Steiermark 2030“ wurde am 1. Juni 2017 durch die Landesregierung präsentiert und in der letzten Landtagssitzung zur Kenntnis genommen.

Mit diesem Bedarfs- und Entwicklungsplan erfolgt erstmals seit der Einführung des Behindertengesetzes im Jahr 2004 eine Bestandsaufnahme der Leistungen, die im Behindertenbereich angeboten und gewährt werden. Daraus geht hervor, dass knapp 13.000 Personen Leistungen nach dem Steiermärkischen Behindertengesetz beziehen. Das entspricht rund einem Prozent der steirischen Gesamtbevölkerung.

Mehrbedarf an stationären Plätzen

Die Auswertung ergab zudem, dass im Bereich der stationären Wohnleistungen, wo derzeit 1.400 Plätze vorhanden sind, ein Mehrbedarf von 50 Plätzen besteht. Die Schaffung dieser Plätze über die kommenden zwei Jahre wurde von der Landesregierung bereits angekündigt. Betrachtet man jedoch den teilstationären Bereich, wo 3.500 Plätze bestehen, zeigt sich, dass damit jedenfalls das Auslangen gefunden wird. Die Prognosen für die nächsten Jahre weisen einen deutlichen Mehrbedarf an stationären Plätzen auf, während im teilstationären Bereich erst längerfristig ein geringer Mehrbedarf zu erwarten sein wird.

Weiterentwicklung der Behindertenhilfe

In den Ausführungen im Bedarfs- und Entwicklungsplan wird eine Weiterentwicklung der Steirischen Behindertenhilfe unter Einbeziehung der Trägerorganisationen angekündigt. Dabei soll die optimale Gestaltung der Behindertenhilfe im Sinne der Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen entlang der Grundsätze der UN-Behindertenrechtskonvention erfolgen. Das Ergebnis soll ein langfristig leistungsfähiges System sein, in dem auch aktuelle Herausforderungen, wie etwa das Zusammenspiel zwischen Betreuung und Pflege älterer Menschen, berücksichtigt sind.

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Landesregierung soll Weiterentwicklung des Gesetzes prüfen

Mittels Entschließungsantrag der Zukunftscoalition wurde die Landesregierung aufgefordert, auf Basis des vorliegenden Bedarfs- und Entwicklungsplans und unter Einbindung der relevanten Akteure, unterschiedliche Modelle zur Weiterentwicklung des Steiermärkischen Behindertengesetzes zu prüfen.

Der „Bedarfs- und Entwicklungsplan Behindertenhilfe – Steiermark 2030“ wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und FPÖ zur Kenntnis genommen. Der Entschließungsantrag zur Weiterentwicklung der Behindertenhilfe wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grünen mehrheitlich angenommen.

Landtag Steiermark debattierte Wirtschaftsbericht 2016

Der Wirtschaftsbericht 2016 listet umfassende Daten zur konjunkturellen Entwicklung sowie zur Wirtschaftsförderung in der Steiermark auf.

So wird ausgeführt, dass die konjunkturelle Entwicklung in der Steiermark weiterhin von der verhaltenen internationalen Wirtschaftslage geprägt war. Damit ging eine Reduktion der gesamt abgesetzten Produktion um 0,3 % auf 34,3 Milliarden Euro einher.

Insgesamt war die steirische Produktionstätigkeit von leichten Rückgängen gekennzeichnet. Gegen den negativen Gesamttrend konnten jedoch die Bereiche Bauwesen (+4,9 %), Herstellung von chemischen Erzeugnissen (+21,8 %), Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (+16,7 %) sowie der Hochbau (+14,1 %) einen Zuwachs verzeichnen.

Arbeitslosigkeit sinkt, Unternehmensgründungen steigen

Während bei den Arbeitslosen ein geringer Rückgang um 0,2 % im Vergleich zum Vorjahr zu erkennen war, gab es in der Steiermark 6.139 Unternehmensneugründungen (+7,7 %). Das ist die höchste je gemessene Anzahl von Gründungen in der Steiermark. 90,4 % davon sind Einzelunternehmensgründungen. Das Durchschnittsalter des Gründers liegt bei 40,3 Jahren.

Die Steiermark konnte ihr Warenexportvolumen um weitere 0,6 % steigern und liegt bei stolzen 19,8 Milliarden Euro. Mit einer Warenexportquote von 44 % liegt unser Bundesland deutlich über dem Österreich-Durchschnitt (38 %). Was die Warenhandelsbilanz angeht, gab es Exporte in Höhe von 19,8 Milliarden Euro, denen Importe von 13,6 Milliarden Euro gegenüberstanden. Das bedeutet einen positiven Warenbilanzsaldo von 6,1 Milliarden Euro – eine Steigerung von 0,2 Milliarden im Vergleich zum Vorjahr.

Forschungs- und Entwicklungs-Quote abermals gesteigert

Mit großem Stolz kann im Wirtschaftsbericht zudem auf die – seit Berichtslegung abermals gesteigerte – Forschungs- & Entwicklungs-Quote von 4,87 % hingewiesen werden. Damit liegt die Steiermark nicht nur deutlich an erster Stelle unter den österreichischen Bundesländern, sondern zählt auch unter den 274 Regionen in Europa weiterhin zu den Spitzenreitern. An 20 der 37 Kompetenzzentren in Österreich war die Steiermark im Jahr 2016 beteiligt, 17 haben ihren Hauptsitz hier.

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Wirtschaftsförderung: 251,7 Millionen Euro Investitionen ausgelöst

Die Wirtschaftsförderung in der Steiermark orientiert sich an der „Wirtschaftsstrategie Steiermark – Wachstum durch Innovation“ aus dem Jahr 2016. Die Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft (SFG) wickelte 2016 2.266 Förderungsfälle mit einem Volumen von 40,7 Millionen Euro ab. Damit wurde ein Investitionsvolumen von 251,7 Millionen Euro ausgelöst. Direkt über die Wirtschaftsabteilung des Landes Steiermark wurden 94 Projekte mit einem Förderungsvolumen von 1,8 Millionen Euro abgewickelt.

Nahversorger-Förderung schlägt ein

1.151 Förderungsfälle gab es allein im Bereich „Unternehmertum und Wachstum junger Unternehmen“. Die Nahversorger-Förderung „Lebens!nah“, mit der Investitionen von Betrieben aus den Bereichen Gewerbe, Handwerk, Handel und Dienstleistungen zur Modernisierung oder Erweiterung des Betriebes und digitale Kommunikationsmaßnahmen unterstützt werden, vereinte 1.085 Fälle auf sich.

Der Wirtschaftsbericht 2016 wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

VP-Abgeordnete mahnen sachliche Sicherheits-Debatte ein:

Innenministerium und Exekutive reagieren rasch und konsequent

Die steirischen Exekutivkräfte wie auch der Landesverfassungsschutz leisten exzellente Arbeit und sind für aktuelle Herausforderungen gut gerüstet. Auf Veränderungen in der Sicherheitslage wird konsequent reagiert. Die steirischen Bürgerinnen und Bürger sind umfassend geschützt. Dies wurde in Stellungnahmen – unter anderem durch das Innenministerium – unterstrichen.

Die Abgeordneten der Steirischen Volkspartei mahnten, vor allem von den Vertretern der FPÖ, eine sachliche Debatte zur Sicherheitslage in der Steiermark ein. Die Freiheitlichen versuchten einmal mehr den Eindruck zu erwecken, dass die Steiermark ein einzigartiger Kriminalitätshotspot sei.

Stellungnahmen von Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer bzw. dem Bundesministerium für Inneres verdeutlichten jedoch die Wirklichkeit. Das Innenministerium betonte, dass bereits die Umsetzung eines Maßnahmenpakets eingeleitet wurde, um die einzelnen Exekutivdienststellen bundesweit mit den entsprechenden Personal- und Sachressourcen auszustatten, um den umfassenden, sich ständig verändernden, Aufgabenstellungen gerecht werden zu können.

Was die Ausstattung des Landesverfassungsschutzes betrifft wird ausgeführt, dass eine österreichweite Neu-Strukturierung der Landesämter für Verfassungsschutz getätigt wurde. Dabei konnte ein mehr als 50%iger Personalzuwachs für das neue Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) der Landespolizeidirektion Steiermark erzielt werden.

Die bereits eingeleitete Sicherheitsoffensive bis 2018 für Investitionen in technische und mannbezogene Ausstattung und Ausrüstung sieht außerdem die Beschaffung von Einsatzoveralls, Helmen, Vollkörperschutzausrüstung, GSOD-Schildern, Sturmgewehren StG-77 und Ballistischen Schutzwesten vor. Im Bereich des Fahrzeugwesens werden Leasingfahrzeuge laufend erneuert.

Seit dem 01.07.2016 wurden für die Landespolizeidirektion Steiermark zusätzlich 127 Bedienstete für den grenz- und fremdenpolizeilichen Bereich zugewiesen. Neben den regionalen Kräften leisten auch die überregional agierenden Kräfte wie beispielweise das Landeskriminalamt, die in Graz stationierte Polizeidiensthundeeinspektion, die Sondereinheit EKO Cobra/DSE einen unabdingbaren Beitrag zur Gewährleistung der Sicherheit der

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

steirischen Bevölkerung. Alle diese Organisationseinheiten tragen deutlich zur Entlastung der Bediensteten in den Polizeiinspektionen und zur Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls bei.

Was die Sicherung von Veranstaltungen betrifft, ergreifen die Sicherheitsbehörden je nach Gefährdungsabschätzung Maßnahmen, um die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Großveranstaltungen zu schützen. Dazu zählen etwa das Blockieren von Zufahrtsstraßen oder der Einsatz von Sicherungen wie Pollern oder Betonteilen.

Zur Forderung der Freiheitlichen, Jihad-Rückkehrern die Staatsbürgerschaft zu entziehen, wird festgehalten, dass bei der Überprüfung aller Antragsteller ein entsprechend strenger Maßstab angelegt wird. Betont wird, dass gerade bei Jihad-Rückkehrern ohnehin jeglicher rechtlicher Rahmen ausgereizt wird, um eine Entziehung der Staatsbürgerschaft in Betracht zu ziehen.

Die dazugehörigen Berichte wurden mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, Grünen und KPÖ mehrheitlich angenommen.

Landtag Steiermark ermöglicht tägliche Bewegungseinheit an Schulen

Novellen von Pflichtschulorganisations-, Pflichtschulerhaltungs- und Schulzeitausführungsgesetz ermöglichen Sprachstartgruppen, mehr Personalvarianten für ganztägige Schulformen und die tägliche Bewegungseinheit an Schulen.

Mit dem Beschluss der Novelle des Pflichtschulorganisationsgesetzes wurde eine Maßnahme zur frühzeitigen Integration an Schulen verlängert. Die Ausweitung von Sprachförderkursen für Schülerinnen und Schüler, die nicht gut genug Deutsch verstehen, um dem Unterricht folgen zu können, hat sich bewährt und wurde um weitere drei Jahre verlängert.

Personal für den Ausbau ganztägiger Schulformen

Ebenso wird das neue Berufsbild eines „Freizeitpädagogen“ festgeschrieben. Freizeitpädagogen sollen die Betreuung der Schülerinnen und Schüler im Freizeiteil ganztägiger Schulformen übernehmen. Da die Lernhilfe für Kinder in der Tagesbetreuung nur von Lehrern oder Erziehern durchgeführt werden darf, wird diese neue Personalform benötigt, um den Ausbau ganztägiger Schulformen weiter vorantreiben zu können.

Auch die Novelle des Pflichtschulerhaltungsgesetzes dreht sich um die Erweiterung ganztägiger Schulformen. Darin ist die durch die Schulerhalter bereitzustellende Finanzierung von Erziehern, die die Betreuung im Rahmen der Lernhilfe übernehmen, geregelt.

Tägliche Bewegungseinheit ermöglicht

Mit der Novelle des Schulzeitausführungsgesetzes wird die tägliche Bewegungseinheit an Schulen ermöglicht, die durch externe Bewegungskoaches abgehalten wird. Es handelt sich dabei um keinen Unterricht im klassischen Sinn. Das Schulforum kann festlegen, ob eine Schule am Projekt teilnimmt. Die Finanzierung ist durch den Bund für zwei Jahre gesichert. Die gesetzlichen Anpassungen im Schulzeitausführungsgesetz sind daher auf diese Zeit befristet. Die Maßnahme der täglichen Bewegungseinheit soll danach evaluiert und die weitere Finanzierung geprüft werden.

Die Novellen von Pflichtschulorganisations- und Pflichtschulerhaltungsgesetz wurden mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grünen angenommen. Für die Novelle des Schulzeitausführungsgesetzes stimmten ÖVP, SPÖ und Grüne.

Novelle zum Gentechnik-Vorsorgegesetz im Landtag beschlossen

Eine Novelle des Gentechnik-Vorsorgegesetzes ermöglicht es dem Land Steiermark, gentechnisch veränderte Organismen zu verbieten. Bereits seit dem Jahr 2006 gibt es in der Steiermark ein Gesetz, das das Ziel verfolgt, Gentechnikanwendungen maximal einzuschränken. Damit gelang es bis heute, ein Ausbringen von gentechnisch veränderten Organismen weitläufig zu unterbinden.

Die beschlossene Gesetzesnovelle umfasst nun die Schaffung einer Verordnungsermächtigung für die Landesregierung, mit der sie die Ausbringung von gentechnisch veränderten Organismen verbieten kann. Zudem wird die Möglichkeit zur Anordnung von Wiederherstellungsmaßnahmen gegenüber Personen eingeführt, auf deren Grundstück gentechnisch veränderte Organismen vorgefunden, aber nicht ausgebracht wurden.

Das Ziel dieser Neuregelungen ist der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, durch ein klares Nein zu gentechnisch veränderten Organismen.

Die Novelle des Gentechnik Vorsorgegesetzes wurde einstimmig angenommen.

Landtag Steiermark gibt 188 Millionen Euro für regionale Straßenprojekte frei

Zur Realisierung der für die Entwicklung der Regionen bedeutenden Straßenprojekte Ortsumfahrung Weiz (B64), den Abschnitt „Fladnitz – Saaz“ der Feldbacher Straße (B68) und den Abschnitt „Mooskirchen – Krottendorf“ der Packer Straße (B70) wurden vom Landtag Steiermark insgesamt 188 Millionen Euro freigegeben.

Diese drei Sonderprojekte wurden in die jeweiligen Regionalen Verkehrskonzepte und in das Gesamtverkehrskonzept aufgenommen. Sie befinden sich in unterschiedlichen Realisierungsphasen. Zwei Teilstücke der Ortsumfahrung Weiz (B64) sollen von 2018 bis 2023 umgesetzt werden. Das Land Steiermark wird in dieses Projekt 71 Millionen Euro investieren.

Verkehrsinfrastruktur stärkt die Regionen

Mit 62 Millionen Euro Landesmittel wird der Abschnitt der B68 „Fladnitz-Saaz“ von 2023 bis 2027 umgesetzt werden. Im Zeitraum 2027 bis 2031 soll schließlich der Abschnitt „Mooskirchen – Krottendorf“ der B70, Packer Straße, folgen. Dieses Vorhaben, für das 55 Millionen Euro vorgesehen sind, wird gerade einer Projektkontrolle durch den Landesrechnungshof unterzogen. Im Anschluss daran soll die Umweltverträglichkeit durch die zuständige Behörde bestätigt werden.

Durch den Einsatz der regionalen Abgeordneten der Steirischen Volkspartei für diese bedeutenden Verkehrsprojekte, gelingt ein entscheidender Beitrag zur Stärkung unserer Regionen. Immerhin zählt die Verkehrsinfrastruktur zu den Lebensadern der Regionen in der Steiermark.

Öffentlicher Busverkehr für Graz Nord

Auch für den öffentlichen Busverkehr – diesmal im Raum Graz Nord – wurden Mittel freigegeben. Für zehn Jahre, von Juli 2018 bis Juli 2028, werden 13.376.000 Euro für den regionalen Busverkehr zur Verfügung gestellt. Mit diesem Landesanteil sollen die Bewohner des nördlichen Grazer Raumes und der dortigen Umlandgemeinden mit den gewünschten Verkehrsdienstleistungen versorgt werden.

Die Finanzierung der drei regionalen Straßenprojekte wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, FPÖ und KPÖ genehmigt. Die Investition in den regionalen Busverkehr im Raum Graz Nord wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.